TAFEL 9

DAS MANDSCHURISCHE PROBLEM

VON HSÜ DAULIN

VORBEMERKUNG

Die Ausmaße des Kampfes der beiden ostasiatischen Großmächte haben mit zunehmender Schärfe die Positionen, um deren Entscheidung gegenwärtig mit den harten Würfeln des Krieges geworfen wird, abgezeichnet. So ist es Zeit, nach den leidenschaftlichen Worten, die die ersten Ereignisse in diesem Kampf im Gefolge hatten, in sachlicher Distanz den Ursachen jener überraschenden Handlungen nachzugehen. Die Ereignisse selbst sind bekannt: Am 19. September vergangenen Jahres rückten japanische Truppen plötzlich in das Gebiet der drei chinesischen Ostprovinzen ein, besetzten nahezu kampflos alle größeren Städte und die wirtschaftlich wichtigen Knotenpunkte, vertrieben die chinesischen Behörden, übernahmen die chinesischen Bahnen in japanische Regie und gewannen schließlich die zur Gründung eines sogenannten mandschurischen Staates notwendigen Elemente, u. a. in der Person des ehemaligen Kaisers Pu I. Teilweise in zeitlicher Überschneidung mit diesen Vorgängen geschah der aufsehenerregende Überfall auf Schanghai; mit Flugzeugbomben und schwerer Artillerie wurden Städte und Dörfer in Asche gelegt und in großer Zahl Menschenleben, wirtschaftliche und unersetzliche kulturelle Werte vernichtet. Unter dem Druck der verzweifelnden Aussicht auf einen Zustand, da das auf die Waage geworfene Schwert und der unerbittliche Ruf „vae victis" das gesamte chinesische Staatswesen lahmlegende Entscheidungen erzwingen würde, stellte sich die chinesische Armee, deren Führer im Norden, noch auf die Wirksamkeit international beschworener Instrumente zur Sicherung militärisch Schwächerer vertrauend, einen nennenswerten Widerstand nicht geleistet hatten, durch die dortigen Erfahrungen belehrt, dem Kampf.

Schulter an Schulter fochten die chinesischen Armeen aus den verschiedensten innerpolitischen Lagern gegen eine an Zahl und Ausrüstung bei weitem überlegene Armee mit dem Erfolg, daß diesem japanischen Angriff die Spitze gebrochen und er nach einem das Prestige wahrenden Scheinerfolg eingestellt werden mußte. Mit diesen Ereignissen ist aber weder hier noch dort das letzte Wort gesprochen. Auch in den Ostprovinzen haben nun die chinesische Volksmiliz und die an Ort und Stelle zurückgebliebenen Truppenteile einen verzweifelten Abwehrkampf gegen die Eindringlinge und ihre Kreaturen aufgenommen; fieberhafte Rüstungen diesseits der Großen Mauer deuten auf den ungebrochenen Willen, einen durch Gewalt geschaffenen Zustand, wenn nicht anders möglich, durch Gewalt wieder zu beseitigen, und die Waffenerfolge der chinesischen Armee in Schanghai haben die Position der chinesischen Diplomaten am Verhandlungstische erheblich gebessert.

Die inneren Gründe, die zu diesem plötzlichen Ausbruch führten, sind schnell aufgewiesen. Nachdem die politischen Ergebnisse einer nunmehr nahezu ein Jahrhundert währenden Kulturkrise, in die China durch die Berührung mit den geistigen und materiellen Gehalten der abendländischen Kultur gestürzt worden ist und die sich in einer fortschreitenden Kolonialisierung dieses Landes durch die Großmächte zeigte, mit der zunehmenden Gesundung des chinesischen sozialen Aufbaus und der zunehmenden Integration seines Staatslebens als für einen souveränen Staat untragbar erkannt, dem Fortschreiten auf diesem Weg Einhalt getan und bereits verlorene Hoheitsrechte mit zäher Energie und beginnendem Erfolg zurückerworben worden waren, war für diese Großmächte und namentlich für Japan, das, zunächst unter dem deckenden Mantel des allgemein Geübten, dann aber sich immer weiter und isolierter hervorwagend, weitaus die ansehnlichsten Beutestücke erworben hatte, die Zeit gekommen, ihre Politik China gegenüber einer radikalen Revision zu unterwerfen. Es ging um die Auseinandersetzung mit einem innerlich erneuerten und moralisch erstarkten China. Dieses Gebot der Stunde ist in Japan in den letzten Jahren auch mit aller Schärfe erkannt worden, und beide theoretisch möglichen Lösungen der Frage: ein unbeirrtes Weiterschreiten auf dem bisher begangenen Weg der Kolonisierung unter Einsetzung aller Machtmittel des japanischen Staates oder eine kluge Anpassung an die Verhältnisse, die China gegenüber den hilfreichen Nachbarn herauskehrt, um auf diese Weise das bisher Erworbene wenigstens zu

erhalten, sind eifrig diskutiert worden und fanden in der wechselnden Leitung des japanischen Staatswesens wechselnden Ausdruck. In allerletzter Zeit ging in Japan aber, unterstützt durch einen ungemein starken innerjapanischen sozialen Druck, gegen die „versöhnliche" Herrschaft der Diplomaten und der Hochfinanz so etwas wie eine faschistische Revolution des Militärs und kriegerischen Adels vor sich, für welche die mit grauenerregender Regelmäßigkeit stattfindenden Attentate auf die führenden Finanzleute in den letzten Monaten ein erschütterndes Zeugnis ablegen. Dieser Aktivierung des alten Samurai-Geistes, der das Inselreich trotz aller vom größeren Nachbarn übernommenen Kultur von diesem so erheblich und im innersten Wesen unterscheidet, gelang es, die Entscheidung während einer denkbar günstigen Weltsituation zu erzwingen. Rußland waren durch den Fünfjahresplan die Hände gebunden, die Finanzkrise lähmte die Autorität und die Handlungsfreiheit der Großmächte, und China selbst war nach kaum überstandener Hungersnot in den nördlichen Provinzen durch die Schäden aus der ungeheuren Wasserkatastrophe des Jahres 1931 aller Atem benommen. So brach man aus nichtigen oder fingierten Anlässen aus der Reserve und inaugurierte einen Kampf, dessen Entscheidung noch ungewiß ist, jedenfalls aber die allergrößten Veränderungen in dem Bilde unserer heutigen Welt zeitigen wird. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, sich angesichts dieser historischen Entwicklungen die Ausgangsstellung klarzumachen. Im folgenden wird daher Herr Dr. Hsü eine kurze Analyse der juristischen, politischen und wirtschaftlichen Positionen in diesem Kampfe unternehmen und damit eine Klärung der durch Propaganda und Leidenschaft beeinflußten öffentlichen Meinung versuchen. Hm.

Japan treibt seit 60 Jahren eine immer steigende Expansionspolitik, und zwar immer auf Kosten Chinas.

Wir erwähnen zunächst die Annexion der Liu-Kiu-Inseln. Dieses insulare Königreich war seit Jahrhunderten chinesischer Vasallenstaat, und das Königshaus hielt stets treu zu China. Tributzahlungen und Gratulationsgesandtschaften hielten die Verbindung aufrecht. Im Jahre 1879 ließen die Japaner plötzlich diese Inseln besetzen, die sie schon einige Jahre vorher an den Tributzahlungen und Gesandtschaften nach China verhinderten, und machten sie zu einer japanischen Provinz.

Auf diese Annexion folgt die der Insel Formosa, einer ehemaligen Provinz Chinas. Als im Jahre 1871 einige Fischersleute von den Liu-Kiu-Inseln hier den Tod fanden, betrachteten die Japaner 4 Jahre später diese als ihre Staatsangehörigen und brachten als Strafe dafür die Insel Formosa unter militärische Besetzung. Dabei wurden den Soldaten eine große Anzahl von Handwerkern und Transportarbeitern mitgegeben, die hier Straßen und andere Bauten errichteten, um ihre nächsten militärischen Aktionen zu erleichtern. Im Jahre 1895, im Vertrag zu Schimonoseki, nach dem für China unglücklich endenden Chinesisch-Japanischen Krieg, mußte China außer den Pescadores auch Formosa an Japan abtreten.

Viel dramatischer ging die Annexion Koreas vor sich. Korea war, wie bekannt, seit zwei Jahrtausenden chinesischer Vasallenstaat, und bei jedem Dynastiewechsel schickte Korea Gratulations- und Tributgesandtschaften nach China. Doch Japan verbündete sich mit gewissen koreanischen Elementen, versprach ihnen die Souveränität Koreas und versuchte sie so zu einer gemeinsamen Front gegen China zu gewinnen. Als aber die Koreaner im Jahre 1894 dennoch gegen die Japaner revoltierten, die ihren Einfluß mißbrauchten, besetzten die Japaner am 23. Juli die Hauptstadt Seoul, setzten den König ab, brachten an seine Stelle einen 80jährigen Greis und zwangen ihn, gegen

China den Krieg zu erklären und bei Japan um Waffenhilfe zu bitten. So kam es zu dem Chinesisch-Japanischen Krieg von 1895, in dem also Japan nur für die Freiheit und Unabhängigkeit Koreas zu den Waffen griff. Der Krieg endete mit einer Niederlage Chinas, China mußte eine ungeheure Kriegsentschädigung zahlen, die Pescadores und Formosa, wie oben erwähnt, an Japan abtreten und die völlige Unabhängigkeit Koreas anerkennen. Auch Rußland mußte schon 1905, nach dem Russisch-Japanischen Krieg, in dem Vertrag von Portsmouth die überwiegenden Rechte Japans in Korea anerkennen, und 1910 geruhte dann endlich der japanische Kaiser, in die — so hieß es in dem Vertrag — völlige Einverleibung Koreas in das japanische Kaiserreich einzuwilligen.

Also 1879 die Liu-Kiu-Inseln, 1895 Formosa und die Pescadores, 1910 Korea. Soll nun jetzt die Mandschurei an die Reihe kommen?

Um die Mandschurei-Frage zu verstehen, muß man zunächst das Verhältnis der Mandschurei zu China und dann das Verhältnis der Mandschurei zu Japan betrachten.

Die Zugehörigkeit dieses Gebiets zum chinesischen Reich zählt 300 Jahre, d. h. seit der Gründung des mandschurischen Kaiserreichs, das dies Gebiet sozusagen als Dotation dem chinesischen Reich eingebracht hat.

Noch wichtiger aber ist für unsere Betrachtung: China benötigt den Besitz der Ostprovinzen aus dreierlei Gründen.

a) Eine überragende Bedeutung hat die Mandschurei für China in strategischer Hinsicht. Hier ist das Einfallstor ins innere China. Von hier aus beherrscht man das Gelbe Meer und hat den offenen Weg in die Schantung- und Tschili-Ebene. Was der Besitz dieses Gebiets für die nationale Sicherheit Chinas bedeutet, ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß die Mandschus von hier aus das ganze chinesische Reich eroberten.

b) Sodann kommt der Mandschurei eine ungeheure wirtschaftliche Bedeutung zu. Denn neben den reichen wichtigen landwirtschaftlichen Produkten so wie Sojabohnen, Gau Liang (Sorghum) und Hirse, die die chinesische Volksernährung in bedeutendem Maße decken, liegen hier die Mehrzahl der Natur- und Bodenschätze Chinas. Hier stehen z. B. 200 Millionen Tonnen Vorrat an edlem Nadelholz, hier liegen 2,4 Milliarden Tonnen Steinkohle, 300 Millionen Tonnen Eisen, hier sind die ungemein reichhaltigen Gold-, Silber- und Kupfergruben, hier lagern Soda, Aluminium, Magnesium usw. usw. Die drei Ostprovinzen sind die wahre Schatzkammer des chinesischen Reichs.

c) Endlich die Bedeutung der Mandschurei in bevölkerungspolitischer Hinsicht. Ganz abgesehen davon, daß zur Zeit mehr als 30 Millionen Chinesen dort leben, bilden ihre fruchtbaren, wohlklimatisierten Tiefebenen ein einziges Aufnahmegebiet für die chinesische Auswanderung. Um die Notwendigkeit eines Siedlungsgebiets für China zu veranschaulichen, mögen einige Zahlen genügen. Die Zahl der Gesamtbevölkerung Chinas beträgt zur Zeit 475 Millionen. Die Zahl der chinesischen Auswanderer ausschließlich der nach der Mandschurei beträgt gute 8 Millionen. In der letzten Zeit sind jährlich nahezu eine Million Chinesen nach der Mandschurei ausgewandert.

Die Japaner waren nicht die erste fremde Nation, die sich in der Mandschurei vordringend betätigte, vielmehr folgten sie den Spuren Rußlands. Und so beruhen die meisten zwischenstaatlichen Rechtsverhältnisse bezüglich der Mandschurei auf ursprünglichen Vereinbarungen zwischen China und Rußland. Wichtig sind namentlich die Abkommen über die Tschangtschun—Dairen Eisenbahn und über die Pacht des sog. Kuantung-Gebiets (Dairen, Port Arthur). Denn diese beiden Fragen bilden den Kernpunkt des mandschurischen Problems.

1. Die Pacht des Kuantung-Gebiets.

Der Ausgangspunkt der japanischen Vormachtstellung in der Mandschurei ist die Pacht des sog. Kuantunggebiets. Dies war ursprünglich an Rußland verpachtet (1898), in der damaligen diplomatischen Sprache: zur Aufrechterhaltung des ostasiatischen Gleichgewichts. Denn um diese Zeit pachtete Deutschland die Küste von Kiautschou und England die Küste von Weihaiwei. Japan trat im Jahre 1905 durch die Verträge von Portsmouth und von Peking in dies Pachtverhältnis als Rechtsnachfolger Rußlands ein. Die Pachtdauer betrug 25 Jahre, lief also 1923 ab. Durch den erzwungenen Vertrag von 1915 sollte sie auf 99 Jahre, d. h. bis 1997 verlängert werden. Dieses Vertragswerk, das auf Grund der berüchtigten 21 Forderungen durch Ultimatum erzwungen wurde, ist aber weder innerstaatsrechtlich noch völkerrechtlich haltbar. Staatsrechtlich deshalb, weil es nicht den verfassungsrechtlich statuierten Normen über Vertragsschluß (Ratifizierung) genügt hat, völkerrechtlich deshalb nicht, weil erstens die international anerkannten Formerfordernisse nicht erfüllt sind, zweitens ein Quidproquo nicht gewährt wurde und endlich, weil hier die clausula rebus sic stantibus Platz finden muß. Jedenfalls wird diesen Verträgen sowohl vom chinesischen Volke wie auch von der chinesischen Regierung die Anerkennung versagt. Und dieser Umstand macht es, daß man die mandschurische Frage als juristisch unendlich kompliziert und für einen Europäer einfach undurchsichtig ansieht.

China verlangt die Rückgabe des Kuantunggebietes, weil dies Pachtverhältnis seine nationale Sicherheit gefährdet. Denn diese beiden Häfen sind die Wachtposten des Gelben Meeres und damit der großen Provinzen Schantung und Tschili. Auch von hier aus beherrscht man militärisch die ganze Mandschurei: die japanischen Waffenerfolge der letzten Monate haben das zur Genüge veranschaulicht.

Die Voraussetzung, unter der die Pacht zustande kam, ist jetzt gefallen. Denn sowohl Kiautschou wie auch Weihaiwei befindet sich wieder in chinesischen Händen. Damit kann von einem Gleichgewicht, das hier aufrechterhalten werden soll, nicht mehr die Rede sein.

2. Die südmandschurische Eisenbahn.

Durch den Vertrag von Peking willigte China in die Abtretung derjenigen Rechte an Japan ein, die bezüglich der Eisenbahnstrecke Tschangtschun—Dairen, der sog. Südmandschurischen Bahn, Rußland zustanden. Vertrags-

rechtlich steht also diese Bahn vollkommen auf ein und demselben Boden wie die Ostchina-Bahn, die unter chinesisch-russischer Verwaltung steht. Und welcher Unterschied besteht in Wirklichkeit zwischen diesen beiden Unternehmungen?

a) Die Organisation der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft. Die Organisation der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft beruht auf zwei japanischen Regierungsverordnungen aus den Jahren 1906 und 1917. Diese haben die bestehenden Vertragsbestimmungen in zweifacher Hinsicht verletzt. Erstens: sie haben den chinesischen Einfluß auf die Bahn, der ursprünglich vorgesehen war, vollkommen ausgeschlossen, dadurch, daß sie den vorgesehenen kontrollierenden chinesischen Präsidenten in Fortfall gebracht haben, ferner dadurch, daß sie chinesische Geldgeber zur Anlage ihrer Kapitalien bei der Bahn nicht zuließen. Zweitens: die Gesellschaft hat den vertraglich festgesetzten, rein wirtschaftlichen Zweck überschritten, indem sie kulturpropagandistische, politische und verwaltungsmäßige Funktionen ausübt.

b) Die Bahnschutzwachen. Es herrscht in Europa der Rechtsirrtum, daß die Japaner längs der Südmandschurischen Bahn eine bestimmte Anzahl von Soldaten als „Bahnschutzwachen" unterhalten dürften. Wo leitet Japan dies Recht her? In den zwischen China und Japan bestehenden Verträgen ist kein einziges Wort darüber gesagt worden.

Vor etwa 25 Jahren gaben die Japaner diese Schutzwachen gewissermaßen als post-bellum-Maßnahmen nach dem Russisch-Japanischen Krieg aus, und zwar zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts gegenüber dem russischen Bahnschutz im Norden. Und 1922 sagten sie in Washington, daß die Abwesenheit der Russen in der Mandschurei lediglich von anormalen Situationen herrühre. Nun ist aber die Abwesenheit der russischen Truppen in der Mandschurei 1924 vertraglich sanktioniert worden. Was noch rechtfertigt die Anwesenheit japanischer Truppen längs der Bahn?

c) Die sogenannte Eisenbahnzone. Was ursprünglich in den Vertragsnormen unter der Eisenbahnzone verstanden wurde, sind die Eisenbahnlinien, ihre Schienen selbst und die begrenzten Areale bei den Stationen, die für den Betrieb und die Verwaltung der Bahn notwendig sind. Diese Zone soll der ausschließlichen ökonomischen Verwaltung der Eisenbahngesellschaft unterstellt werden. Und wie ist es in Wirklichkeit? Das von Japan als Eisenbahnzone in Anspruch genommene Gebiet hat den Umfang von nicht weniger als 109 Quadratmeilen, und sie üben hier steuerliche, gerichtliche, politische und polizeiliche Verwaltungshoheit aus. Zudem sind die hier stationierten Polizeitruppen nicht der Eisenbahngesellschaft, sondern dem japanischen Generalgouverneur von Kuantung unterstellt. Was ist ihre Rechtsgrundlage?

Politisch noch bedeutsamer und juristisch noch unhaltbarer als das bisher Gesagte ist die Stellung der Japaner in den Ostprovinzen außerhalb des Pachtgebiets und der Eisenbahnzone. Abgesehen davon, daß sie hier überall Konsulargerichtsbarkeit beanspruchen, halten die Japaner überall, wo sie ein Konsulat haben, eine sog. Konsularpolizei. Sie unterhielten auch vor der Zeit des Konfliktes auf rein chinesischem Boden nicht weniger als 11 Polizei-

Hauptquartiere. Nun haben viele Staaten in China Konsulate, und viele dieser Ausländer sind noch Exterritoriale, aber gibt es irgendwo sonst noch solche Konsularpolizei?

Besonders kraß ist die Behandlung der Koreaner auf dem Gebiet der Ostprovinzen durch die Japaner. Denn nach der chinesischen Gesetzgebung ist der Erwerb von Grund und Boden durch Ausländer starken Beschränkungen unterstellt. Und nahezu zwei Drittel der Koreaner, die aus Korea ausgewandert sind, um sich hier als Siedler niederzulassen, haben sich naturalisieren lassen. Japan, obwohl sein Staatsangehörigkeitsgesetz vom Jahre 1899 (Novellen 1916, 1924) in seinem Art. XX sagt: „Jede Person, die freiwillig eine fremde Staatsangehörigkeit erwirbt, verliert ihre japanische Staatsangehörigkeit", stellt aber folgenden Rechtsgrundsatz auf: Für die Koreaner auf dem Gebiet der Ostprovinzen ist die japanische Staatsangehörigkeit nicht aufgebbar. Die ausgewanderten Koreaner, die japanischen Boden verlassen und japanische Nationalität aufgegeben haben, sollen gegen ihren Willen ewig japanische Untertanen bleiben, und es wird ihnen sogar der hohe Schutz der Konsularpolizei über die Grenze hinaus nachgeschickt!

Zur Zeit leben in den chinesischen Ostprovinzen außerhalb des Pachtgebiets und der Eisenbahnzone etwa 20000 Japaner und 540000 Koreaner. Diese 540000 sollen nun gegen ihren Willen ewig japanisch bleiben und stehen unter der japanischen Konsulargerichtsbarkeit und unter dem Schutz der japanischen Konsularpolizei, ja unter dem Schutz der japanischen Armee in Kuantung, die nur darauf lauert, in die Ostprovinzen vorzumarschieren und ihre Staatsangehörigen zu schützen. Was bedeutet das?

Ich habe bisher drei Gruppen von Fragen besprochen. Es wäre alles nicht so schlimm, wenn nicht das wäre, worauf ich jetzt zu sprechen komme: nämlich die politische Tätigkeit der Japaner. Man kann die politischen Aktionen Japans etwa in drei Gruppen einteilen.

a) Die Verhinderung der Entwicklung der chinesischen Eisenbahnpolitik. Um die Südmandschurische Bahn in ihrer Monopolstellung zu erhalten, verhinderte Japan jeden Plan und jede Konstruktion chinesischer Eisenbahnen. Wir erinnern an den Protest gegen den Bau der Tahuschan—Tungliau- und der Kirin—Helung-Bahn, zu dem sein Drängen auf den Bau der Tunghua—Huining-Bahn in merkwürdigem Gegensatz steht. Wir kommen hierauf noch zurück.

b) Beeinflussung der Mukdenregierung. Japan hat gesehen, daß es seine meisten Vorteile erlangt hat in einer Zeit, in der die Mukdenregierung der Zentralregierung gegenüber in einer unabhängigen Haltung stand. Und so bestand die japanische Chinapolitik eine Zeitlang darin, diese zu unterstützen, die Zwiespältigkeit zu stärken und sich dafür eine Konzession nach der anderen geben zu lassen. Wir erinnern an die Bürgerkriege, die die Mukdenregierung in den vergangenen Jahren mit japanischer Finanz- und Waffenhilfe ins Land hineintragen konnte, an die japanische Warnung, als die Mukdenregierung im Begriff war, sich zu der Zentralregierung zu bekennen, an das Versprechen Japans, die Verteidigung der Mandschurei zu übernehmen, falls Mukden der

Zentralregierung den Krieg erklären und durchführen wolle, an den Mord des Marschalls Tschang Tso-Lin, als er sich die japanischen Wünsche durchzuführen nicht mehr willig zeigte.

c) Die Schürung der inneren Unruhen in China. Schon seit der Gründung der Republik beteiligt sich Japan aktiv und unermüdlich an der chinesischen Innenpolitik. Bei jedem Bürgerkrieg, bei jeder politischen Spannung ist immer eine Partei, meistens aber alle beiden Parteien von Japan unterstützt worden. Japan hat ja Masken genug, um dies Spiel unverdächtig durchzuführen. Die Regierung, die Oppositionellen, die Finanzklique, die Industriellen, das Militär, das sind eben die verschiedenen Akteurs bei dem einen politischen Spiel. Wir erinnern an die Kaiserkrönung Yüan Schï-Kais, an die dauernden Kriege zwischen der Nord- und der Südregierung, und vor allem an den einen Fall, der allen wohl noch in Erinnerung sein dürfte: Im Jahre 1927, als die Nationalregierung nach ihren siegreichen Feldzügen die Einigung Chinas in Aussicht stellte, landeten die Japaner ihre Truppen in Schantung, um den Nationaltruppen den Weg nach dem Norden abzuschneiden, und es kam zu dem bekannten Zwischenfall von Tsinanfu. Freilich ist Japan in diesem Fall nur eine Verzögerung der Nationaltruppen, nicht aber die Vereitlung der Einigung Chinas gelungen. Aber man sieht, wie Japan das Blut seiner Staatsbürger zu vergießen nicht scheut, bloß um China an seiner Einigung und Erstarkung zu verhindern.

Nach dem, was ich bis jetzt vortrug, ist jede Frage nach der Berechtigung oder nach den Ursachen des japanischen Einfalls in die Ostprovinzen überflüssig. Doch können zwei Gründe angegeben werden, die die Japaner zu ihrem diesmaligen Vorgehen wohl entscheidend bestimmt haben.

Der eine dieser Gründe ist der Zuwachs der chinesischen Einwanderung in die Mandschurei, und dies haben die Japaner auch immer wieder betont. Die Zunahme um einige 30 Millionen Chinesen, die sowohl bessere Bauern wie auch bessere Händler sind als die Japaner, macht die Chinesen immer mehr zu den wirklichen Herren der Mandschurei. Und die nationale Gesinnung dieser Chinesen, die meistens aus Schantung und Tschïli kommen, ist für Japan ein Unerwünschtes mehr.

Der zweite dieser Gründe ist die Verquickung der chinesischen und der japanischen Eisenbahnpolitik.

Was die südmandschurische Bahn für Japans Wirtschaft und Politik bedeutet, ist nunmehr klar. Sie bringt den japanischen Einfluß vom Kuantung-Gebiet tief in die Mandschurei, sie führt einen großen Teil der Rohproduktion nach Japan ab, und diese kurze Bahn (beide Linien 964 km) wirft im Jahre nicht weniger als 68 Millionen Gold-Yen als Reingewinn ab.

Doch Japan gibt sich mit dieser einen Bahn nicht zufrieden, sondern verfolgt seit den letzten Jahren seine sog. Kontinentale Politik mit dem Zwei-Bahnen- und Zwei-Häfen-Plan: d. h. dem Bau einer Eisenbahn von Huining über Kirin, Tschangtschun, Dalai nach Solun und dem Bau eines Hafens Sheishin an der koreanischen Küste. Auf diese Weise wird der Weg von der inneren Mandschurei und Mongolei zu den japanischen Industriestätten von 92 auf 52, d.h.

um 40 Stunden reduziert. Und die unendlich fruchtbare Tiefebene des Nonni, die reichhaltigen Minengruben auf der Strecke Taonan-Solun werden damit dem Weltmarkt näher gebracht, und diese Bahn wird dann an Einträglichkeit noch die Südmandschurische Bahn überflügeln. Was außerdem diese Bahn, die von der koreanischen Küste quer durch die Mandschurei bis in die Mongolei führt, strategisch bedeutet, und zwar sowohl China wie auch Rußland gegenüber, liegt auf der Hand. Und der Hafen Sheishin an der Nordostküste Koreas wird nach der Vollendung der Querbahn nicht nur der bedeutendste Kriegshafen sein — die japanische Flotte erreicht in 40 Stunden den asiatischen Kontinent —, sondern er wird als Handelshafen Dairen in Schatten stellen, er wird vor allem auch Wladiwostok völlig wertlos machen. Zu diesem Projekt fehlt zur Zeit die Strecke Tschangtschun — Dalai — Taunan — Solun, vor allem die kurze Strecke zwischen Tunghua und Huining von zirka 33 Kilometer.

Mit dieser japanischen Eisenbahnpolitik konkurriert nun eine chinesische. Sie plant zwei Eisenbahnlinien in einer Gabelform, die sich in Mukden treffen. Die östliche Linie führt von Mukden über Hailung, Kirin (vollendet), Yilan nach Suiyüan; die westliche führt von Mukden über Dahuschan nach Tungliau (vollendet), von da nach Taunan (fehlt), nach Tsitsihar (fertig) und von hier zum Amur, zu den Goldgruben. Diese beiden Linien werden also die Südmandschurische Bahn in die Mitte nehmen und die geplanten Querlinien doppelt abschneiden. Und wenn der geplante Ausbau des chinesischen Hafens Hulutau fertig ist, wird er die Bedeutung Dairens völlig vernichten. Von diesem Projekt fehlen, wie man sieht, noch große Strecken. Aber die bereits fertiggestellten Strecken machen sich für die Japaner schon recht bemerkbar: im vergangenen Jahr, als der erste Zug von Kirin direkt nach Peking fuhr, hat die Südmandschurische Bahn den größten Einnahmenrückgang zu verzeichnen gehabt.

In diesem eisenbahnpolitischen Kampf versucht Japan naturgemäß erstens, die Chinesen zu bewegen, ihre Bahnprojekte aufzugeben, zweitens, sie dazu zu zwingen, die für Japan nützliche Bahn in Angriff zu nehmen. China gibt in beidem nicht nach. Da die Chinesen auf ihrem Gebiet ihre Politik nach ihren eignen Bedürfnissen zu treiben das Recht haben, machen die Japaner ihr „höheres" Recht geltend, nämlich ihr Recht des Stärkeren, ihr Recht der Kriegsschiffe und Kanonen.

Dazu kommen zwei günstige Gelegenheiten, die es Japan erleichtern, von diesem „höheren" Recht Gebrauch zu machen: die Weltwirtschaftskrise einerseits, die ungeheuere Überschwemmungskatastrophe in China andererseits. Und so ist es zu verstehen, warum Japan fest entschlossen ist, der ganzen Welt zum Trotz seine Machtpolitik durchzuführen.

Was ich bisher vorgetragen habe, ist die Lage der Mandschurei bis zum sog. Konflikt: notwendige Vorkenntnisse, um die gegenwärtigen Ereignisse in ihrer wahren Bedeutung und Intention zu verstehen. Was die Position Chinas in diesem Kampf anbelangt, so ist sie sehr einfach: China verlangt nichts als sein Recht. Die Mandschurei gehört China, und China benötigt die Mandschurei:

die Zugehörigkeit und Verbundenheit dieses Landes zu und mit China in fünffacher Hinsicht, historisch, geographisch, strategisch, wirtschaftlich, bevölkerungspolitisch, habe ich am Anfang bereits dargelegt.

Zugunsten Japans wird namentlich viererlei propagiert:

1. Japan brauche Rohstoffe, die es nur aus der Mandschurei beziehen könne; daher müsse es die „Erschließung" der Mandschurei als eine Lebensfrage ansehen. Demgegenüber ließe sich dreierlei sagen: 1. Wenn Japan diese Rohstoffe benötigt, so benötigt sie ebenfalls China, und zwar noch dringender. Warum soll China hier zurückgestellt werden? 2. Sollte Japan diese Rohstoffe nötiger haben als China, weil es eine entwickeltere Industrie hat als China, so ist nicht einzusehen, warum Japan diese Rohstoffe nicht käuflich erwerben sollte. 3. Und das ist besonders wichtig: Japan braucht gar nicht so viel Rohstoffe aus der Mandschurei, wie es glauben machen will. Nach den Übersichten der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft sind aus den Kohlengruben während der letzten 3 Jahre nur etwa ein Fünftel, aus den Eisen- und Schieferölwerken auch nur Bruchteile ihrer Produktion nach Japan ausgeführt worden. Dasselbe ist von den Nahrungsmitteln zu sagen. Ganz abgesehen davon, daß die landwirtschaftlichen Produkte in der Mandschurei, Sojabohnen, Hirse, Gau Liang (Sorghum), mehr die chinesische als die japanische Volksernährung versorgen, weisen die Zahlen japanischer Statistiker für das nächste halbe Jahrhundert eine erheblich über den Verbrauch hinausgehende innerjapanische landwirtschaftliche Produktion auf.

2. Als Zweites wird von den Japanern ins Feld geführt, daß Japan an einer Übervölkerung leide und diese nur in die Mandschurei abfließen könne. Das japanische Reich zählt 90 Millionen Einwohner (einschl. Koreas; ohne dieses: 65 Millionen). In der Mandschurei außerhalb des Pachtgebiets und der sog. Eisenbahnzone leben knapp 20000 Japaner, diese Gebiete eingeschlossen etwa 200000. Selbst wenn man die Koreaner dazu zählt, soweit sie japanischer Staatsangehörigkeit sind, so ergibt sich eine Gesamtzahl von etwa 700000. Was macht diese Zahl aus gegenüber der Gesamtbevölkerung Japans? Zählt man die Auslandjapaner auf der ganzen Welt zusammen, so sind sie etwa 600000. Man sieht also, die Japaner haben gar keine Lust, auszuwandern, trotz des behaupteten Bevölkerungsdrucks. Und sollte sie die Notwendigkeit ankommen, so steht ihnen innerhalb des japanischen Reichs selbst, namentlich auf den nördlichen Inseln und auf den Pescadores, Raum genug zur Verfügung. Dazu kommt, daß China selbst an Bevölkerungsdruck leidet und Siedlungsgebiete benötigt; die steigende Einwanderung in die Mandschurei ist der beste Beweis dafür. Davon abgesehen leben zur Zeit mehr als 9 Millionen Chinesen im Ausland außer der Mandschurei. Wenn man schon von ethnologischen Gesichtspunkten spricht: wem muß man da recht geben?

Ferner spricht man gerne davon, wie erst die Japaner die Mandschurei erschlossen und wieviel Milliarden Geldes sie dort investiert hätten und wie überhaupt China die Blüte der Mandschurei den Japanern zu verdanken habe. Nun ist es richtig, daß die Japaner ungeheure wirtschaftliche Vorteile aus

jenen Gegenden gezogen haben, und daß der Erwerb dieser Vorteile von ihnen wohl organisiert ist. Aber wer hat sie eigentlich gebeten, ihre Kapitalien für die wirtschaftlichen Vorteile hier zu opfern? Ganz abgesehen davon, daß die Mandschurei auch schon vor der „Erschließung" durch die Japaner eine Rolle gespielt hat und daß mindestens ebenso viele Milliarden chinesischen Geldes dort investiert sind, fragen wir, da man schon von „Erschließung" sprechen will: Wer hat denn die Mandschurei wirklich erschlossen? Wer ist es gewesen, der die Kohlen aus den Gruben schaufelt und die Schienen auf den Boden legt? Sind es nicht die Chinesen gewesen? Wenn sich auf diese Weise Kapital und Arbeit gegenüberstehen, so kann man jedenfalls dem Kapital nicht so viel Übergewicht zusprechen, daß es nicht nur die Arbeit aufwiegt, sondern darüber hinaus souveräne Rechte eines Staates derogiert!

Endlich ein Viertes. Japan will der ganzen Welt glaubhaft machen, daß es in der Mandschurei Ordnung schaffen müsse. Denn es seien so viele Banditen dort, die eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung hindern. Also: wo Japan herrsche, sei Ordnung, wo China herrsche, sei Unordnung. Das Gegenteil ist der Fall. China hat seine drei Ostprovinzen in musterhafter Ordnung gehalten, es sind jedenfalls Störungen durch ungesetzliche Elemente, wie sie in jedem Lande vorkommen, nie in einem Ausmaße gemeldet worden, wie sie aus Ländern berichtet sind, deren effektive Regierung man nicht gerne bezweifelt. Ich erinnere nur an das große Aufgebot, das Frankreich vor kurzem zur Unterdrückung des Banditenwesens in Korsika aussenden mußte, und namentlich an die Plünderungen und Ermordungen chinesischer Staatsangehöriger auf japanischem Hoheitsgebiet, die noch im Juli v. J. ungeheueres Aufsehen erregten. Erst seit Japan in chinesisches Gebiet eingefallen ist, seit es die chinesischen ordentlichen Behörden abgesetzt und die chinesische Polizei entwaffnet hat, hört man überall von der Plage der Banditen!

Zum Schluß möchte ich auf einige weltpolitische Konsequenzen der mandschurischen Frage hinweisen.

Daß China auf die Mandschurei nicht verzichten kann, ergibt sich aus dem bisher Gesagten, d. h. wird für China keine befriedigende Lösung gefunden, so muß und wird China seinen entscheidenden Lebenskampf wagen, was er es auch kosten möge. Bei der wirtschaftlichen Komplikation der heutigen Welt wird dann leicht Rußland oder Amerika in den Krieg hineingezogen. Da brauche ich also nicht mehr zu unterstreichen, welches Interesse die ganze Welt daran haben muß, einen zweiten Weltkrieg zu verhindern.

Die Japaner haben die Welt glauben gemacht, China gehe mit Rußland. Nein, es ist noch nicht so weit. Aber es kann so weit kommen, wenn die westlichen Mächte China endgültig im Stich lassen. Man kann die gegenwärtigen Ereignisse zwar nicht als einen Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus auffassen, aber es paßt durchaus die Formel, die das Journal de Genève einmal geprägt hat: China steht vor der Alternative: Genf oder Moskau?

Wenn man nach den handelspolitischen Konsequenzen einer schlechten Lösung der mandschurischen Frage fragt, so handelt es sich hier um eine

Alternative, deren Folgen in gleicher Weise für den Welthandel unerfreulich sind. Denn entweder wird Japan die Mandschurei beherrschen, dann wird es diesen Markt völlig für sich in Anspruch nehmen, und daß Japan dann imstande sein wird, jede fremde Konkurrenz zurückzuschlagen, und von dieser Konjunktur Gebrauch machen wird, hat die bisherige Entwicklung genug bewiesen. Ferner wird der Besitz der Mandschurei Japans Wirtschaftsmacht dann auch außerhalb der Mandschurei außerordentlich stärken: so können z. B. die Nadelhölzer in der Provinz Kirin die große Holz- und Papiereinfuhr Amerikas (jährlich 80 bis 120 Mill. $) nach Japan einfach ausschalten. — Oder, und das ist noch schlimmer: wenn China gezwungen ist, in einen entscheidenden Krieg hineinzugehen, so wird dieser Kampf Chinas Ordnung und Wirtschaft zweifellos auf Jahrzehnte lang hinaus ruinieren: d. h., der ungeheure Handelsmarkt China wird auf lange Sicht zerstört. Und was würde das für die enge Weltwirtschaft, wie sie heute ist, bedeuten!

Endlich, und das brauche ich kaum zu erwähnen, sitzen Deutschland und viele andere europäische Staaten politisch in demselben Boot der Politik. Umgeben von militärisch überlegenen Nachbarn, die auch Rohstoffe oder Siedlungsgebiete brauchen können, haben sie ebensoviel Interesse daran wie China, daß international beschworene Verträge und internationale Organe, die den Frieden sichern und militärisch schwachen Staaten einen gewissen Schutz und eine gewisse Sicherheit gewähren sollen, auch wirklich funktionieren, auch wenn sie eine harte Probe zu bestehen haben; sie haben ebensoviel Interesse daran, daß nicht vor den Augen aller Welt ein Machtstaat sich über jedes Recht hinwegsetzt und blutige Gewalt über Menschlichkeit und Gerechtigkeit triumphiert.

CHINESISCHE SCHAUSPIELKUNST[1]

VON ED. HORST VON TSCHARNER

Vorbemerkung: Von allen Gebieten chinesischer Kultur ist in Europa das Theater noch am wenigsten bekannt. Sinologie, Kunst- und Theaterforschung haben in der Vermittlung dieses Kulturgebiets versagt, weil das Material, mit dem sie zu arbeiten gewohnt sind und das ihnen das chinesische Theater bieten konnte: Texte, bildliche Darstellungen, zu minderwertig war oder schien[2]. Um das chinesische Theater wirklich zu würdigen, müssen wir aber etwas ganz anderes ins Auge fassen: die eigentliche Schauspielkunst, die Art, den Stil schauspielerischer Darstellung. Die Schauspielkunst im engeren Sinne stellt nun allerdings den Forscher vor eine eigene, ungewohnte Aufgabe — kann sie ihm doch, als flüchtige Erscheinung, keine vollwertigen Dokumente in die Hand geben. Schallplatten, Photographien und die bisher verachteten Typen- und Szenenbilder gewerblicher Maler sind zwar als Hilfsdokumente nicht zu unterschätzen, und schon bessere Dokumente könnte uns heute der Tonfilm liefern. Aber die wahre Quelle forschender Erkenntnis und ästhetischer Würdigung der chinesischen Schauspielkunst kann nur das Erlebnis im chinesischen Theater selbst bilden — ein Erlebnis, das mir während mehrerer Jahre vergönnt war.

[1] Nach einem Vortrag mit Lichtbildern und Schallplatten, gehalten am 4. Juni 1931 in Berlin (auf Einladung des Theaterwissenschaftl. Instituts der Universität) und am 11. März 1932 in Bern (auf Einladung der Freistudentenschaft Bern und des Berner Theatervereins).

[2] Die wenigen Übersetzungen „klassischer" Dramen machten mehr den Eindruck epischer als dramatischer Schöpfungen.